



HESSISCHER LANDTAG

17. 06. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD****Für eine tüchtige Verteidigungspolitik: Hessen leistet seinen Beitrag**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich die geostrategischen Bedingungen der weltpolitischen Ordnung in den letzten Jahren grundlegend gewandelt haben. Russland führt einen grausamen Angriffskrieg gegen die Ukraine, China macht seine Hegemonialansprüche im Indopazifik geltend und droht Taiwan mit Krieg, im Nahen Osten scheint ein friedliches Zusammenleben der Völker weit entfernt. Die Vereinigten Staaten von Amerika, unsere jahrzehntelange Schutzmacht, setzen auch in Ansehung dieser geostrategischen Lage andere strategische Präferenzen. Der Landtag bekräftigt deshalb, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihre regionalen Bündnisstaaten ihre autonome, militärische Schlagkraft weiterhin stärken müssen. Das jüngst beschlossene Kreditprogramm der Europäischen Union für nationale Verteidigungsausgaben („Security Action for Europe — SAFE“) im Umfang von 150 Mrd. Euro steht in diesem Zeichen.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung der deutschen Sicherheitspolitik höchste Priorität einräumt. Auf dem europäischen Festland nimmt Deutschland eine militärisch-strategische Schlüsselstellung ein — auch und vor allem in der Bündnisverteidigung der NATO. Der Landtag begrüßt deshalb, dass die Bundeswehr die Panzerbrigade 45 mit einem Aufstellungsappell am 22. Mai 2025 in Vilnius in Anwesenheit des Bundeskanzlers, des Bundesministers der Verteidigung und des Hessischen Ministerpräsidenten feierlich instituiert hat. Die dauerhafte Stationierung der Brigade „Litauen“ mit fast 5.000 Soldatinnen und Soldaten zeigt, dass Deutschland sein Beistandsversprechen gegenüber den baltischen NATO-Mitgliedstaaten ernstnimmt. Die Truppenverlegung, die im Jahr 2027 abgeschlossen sein wird, dient nicht zuletzt unserer eigenen Sicherheit. Die militärischen Aggressionen des russischen Regimes gelten schließlich nicht einzelnen Ländern, sondern der freiheitlichen Ordnung unserer demokratischen Wertegemeinschaft. Der Landtag erinnert in diesem Zusammenhang, dass Deutschland auch der Ukraine in ihrem tapferen Verteidigungskampf weiterhin beistehen muss — schon jetzt ist es mit einer militärischen Hilfe von 12,62 Mrd. Euro das zweitgrößte Geberland.
3. Der Landtag würdigt, dass Hessen ein Schlüsselort der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist. Zahlreiche Unternehmen — vom hochspezialisierten mittelständischen Unternehmen bis hin zu börsennotierten Großunternehmen mit Sitz in Hessen — produzieren Großgeräte, persönliche Schutzausrüstungen, Drohnenabwehrsysteme, erzeugen Spezialbeschichtungen und besonders robuste Materialien, stellen mit ihren auch weltraumgestützten Infrastrukturen Kommunikations- und Navigationsdienste sicher, tragen zur Cybersicherheit bei, liefern IT-Services zur Lagebilderrfassung und -analyse und vieles mehr. Das Sondervermögen des Bundes für Verteidigungsausgaben in Höhe von 100 Mrd. Euro und die zuletzt eröffneten fiskalischen Spielräume für kreditfinanzierte Verteidigungsausgaben bieten insofern außerordentliche Chancen auch für unsere heimische Verteidigungsindustrie. Diese Chancen gilt es zu nutzen. Der Landtag befürwortet, dass die Landesregierung alles unternimmt, um die Bedingungen für die Verteidigungswirtschaft in Hessen möglichst günstig zu gestalten. Der Landtag begrüßt, dass die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder auf Initiative der Landesregierung beschlossen hat, dass die Länder zur Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz sowie der Umsetzung des Operationsplans Deutschland (OPLAN) Bundesmittel aus den geplanten Verteidigungsausgaben erhalten sollen. Der Landtag begrüßt insbesondere auch, dass die Landesregierung bereits einen Gipfel der Verteidigungsindustrie ausgerichtet hat und in einem engen Austausch mit den heimischen Unternehmen eine Strategie entwickelt, um gemeinsam die Wehrfähigkeit Deutschlands sowie den hessischen Wirtschaftsstandort weiter zu stärken.

4. Der Landtag unterstützt die Landesregierung dabei in den Bestrebungen, die Produktionen der hier ansässigen Unternehmen zu erweitern und neue Ansiedlungen von Unternehmen anzustreben und zu ermöglichen. Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, inwiefern sie dazu beitragen kann, dass strategisch relevante Rohstoffe für unsere Rüstungsbetriebe verfügbar bleiben.
5. Der Landtag hebt hervor, dass eine schlagkräftige Verteidigung immer auch technologische Innovationen voraussetzt. Die durch Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz garantierte freie Forschung kann gewährleisten, dass die deutschen Streitkräfte und diejenigen unserer Bündnisstaaten auch in Zukunft mit modernster Technik ausgerüstet sind — solche fortschrittlichen, militärischen Hilfsmittel sind unerlässlich, damit Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unser und auch ihr eigenes Leben, unsere Freiheit und unseren Rechtsstaat wirksam schützen können. Viele Forscherinnen und Forscher sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die euroatlantische Wehrhaftigkeit bewusst. Sie müssen in ihrer wissenschaftlichen Praxis und bei Ausbildungskooperationen mit Rüstungsunternehmen frei sein. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, die Friedens- und Konfliktforschung, Sicherheitsforschung und sicherheitsbezogene Forschungsansätze weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch eine Unterstützung der Hochschulleitungen bei der Überprüfung von Zivilklauseln.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. Juni 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert